

31. August 2017

Siemens will Atommüll verstaatlichen

Die Bundesregierung prüft, neben den Energieversorgern weiteren Firmen ihre Risiken abzukaufen.



Die Lagerung wird teuer. Foto: dpa

FREIBURG. Auch Siemens will die Kostenrisiken seines Atommülls auf die Steuerzahler übertragen und damit den Betreibern der deutschen Atomkraftwerke folgen. Die Bundesregierung steht dem offen gegenüber. Sie prüft bereits, jene Regelung, mit der die Stromkonzerne ihre Verantwortung für die strahlenden Hinterlassenschaften auf den Staat übertragen konnten, auf weitere Firmen zu erweitern.

Das Ansinnen des Münchner Konzerns liegt nahe, schließlich sitzt auch er auf teuren Altlasten seiner Engagements im einst als zukunftssträftig eingeschätzten Geschäft mit der Atomenergie. Im Hanauer Stadtteil Wolfgang war von den sechziger Jahren an ein Firmengeflecht von Degussa, Siemens und RWE entstanden, das dort bis 1995 Brennelemente fertigte. Neben Uran wurde auch Plutonium zu Mischoxidelementen

verarbeitet. Nicht ohne Hochmut sprach die Branche vom Atomdorf, nannte Hanau – durchaus zutreffend – das "Herz der deutschen Atomindustrie".

Der Rückbau der Anlagen dauerte bis 2006. Nur der Atommüll, der ist natürlich noch immer da. Gleiches gilt für die strahlenden Reste eines nuklearen Forschungs- und Dienstleistungszentrums in Karlstein am Main – an jenem Ort, wo 1961 das Versuchatomkraftwerk Kahl die ersten Kilowattstunden Atomstrom ins deutsche Netz speiste. Rund 1,55 Milliarden Euro hat Siemens zuletzt an Rückstellungen zur Beseitigung dieser Altlasten bilanziert. Laut dem jüngsten Geschäftsbericht ergibt sich diese Summe "auf Basis der geschätzten Dekontaminations- und Umweltschutzverpflichtungen" an den beiden Standorten.

Siemens hofft, die strahlenden Überreste seiner einstigen Geschäfte – als schwach- und mittelradioaktiver Abfall eingestuft – Anfang des kommenden Jahrzehnts im niedersächsischen Endlager Schacht Konrad versenken zu können. Die Menge soll etwa drei Prozent der geplanten Kapazitäten in Anspruch nehmen. Neben ökologischen Gefahren dürften auch erhebliche wirtschaftliche Risiken lauern, Ewigkeitskosten genannt. Derer würde sich der Konzern gerne entledigen.

Bei den Betreibern der Atomkraftwerke hat das bereits stattgefunden. Anfang Juli hatten die Energiekonzerne Eon, RWE, EnBW, Vattenfall und Stadtwerke München 24,1 Milliarden Euro auf Konten des "Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung" bei der Deutschen Bundesbank eingezahlt und sich damit von den Kosten der Zwischen- und Endlagerung freigekauft. Auch die Bahn und die Stadtwerke Bielefeld sind mit von der Partie. Sie sind Anteilseigner an Atomkraftwerken.

So brütet das Bundeswirtschaftsministerium über der Frage, wie man mit weiteren Interessenten umgeht. "Die Bundesregierung prüft derzeit das Ob und Wie einer Erweiterung des Anwendungsbereichs des Entsorgungsfondsgesetzes auf andere Inhaber radioaktiver Abfälle", teilt ein Ministeriumssprecher mit. Eine kurzfristige Entscheidung zu dieser Frage wird es allerdings nicht geben; erst bis Ende 2018 soll die Prüfung durch die Bundesregierung abgeschlossen sein.

Autor: Bernward Janzing

| WEITERE ARTIKEL: WIRTSCHAFT |

BZ Plus Messgerätespezialist Testo ist bereit, neue Wege zu gehen

Vor 60 Jahren schlug die Geburtsstunde von Testo. Heute gehört das Unternehmen zu den größten Mittelständlern in Südbaden. Innovation hat bei der Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt. **MEHR**

2050 steigen die Temperaturen trotz sparsamem Umgang mit Energie

Studie erwartet für 2050 einen sparsamen Umgang mit Energie, die Temperaturen steigen

trotzdem. **MEHR**

Immobilienpreise steigen weiter

Wohnungen und Häuser werden stetig teurer. **MEHR**